

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. phil. h. c. H. Schickel, Dresden, Postfach 10111

Verantwortlich: Dr. phil. h. c. H. Schickel, Dresden, Postfach 10111

Dresden u. Verlag: Druck & Verlagsanstalt, Dresden, Postfach 10111

12,10	100,00
12,20	100,00
12,30	100,00
12,40	100,00
12,50	100,00
13,00	100,00
13,10	100,00
13,20	100,00
13,30	100,00
13,40	100,00
13,50	100,00
14,00	100,00
14,10	100,00
14,20	100,00
14,30	100,00
14,40	100,00
14,50	100,00
15,00	100,00
15,10	100,00
15,20	100,00
15,30	100,00
15,40	100,00
15,50	100,00
16,00	100,00
16,10	100,00
16,20	100,00
16,30	100,00
16,40	100,00
16,50	100,00
17,00	100,00
17,10	100,00
17,20	100,00
17,30	100,00
17,40	100,00
17,50	100,00
18,00	100,00
18,10	100,00
18,20	100,00
18,30	100,00
18,40	100,00
18,50	100,00
19,00	100,00
19,10	100,00
19,20	100,00
19,30	100,00
19,40	100,00
19,50	100,00
20,00	100,00
20,10	100,00
20,20	100,00
20,30	100,00
20,40	100,00
20,50	100,00
21,00	100,00
21,10	100,00
21,20	100,00
21,30	100,00
21,40	100,00
21,50	100,00
22,00	100,00
22,10	100,00
22,20	100,00
22,30	100,00
22,40	100,00
22,50	100,00
23,00	100,00
23,10	100,00
23,20	100,00
23,30	100,00
23,40	100,00
23,50	100,00
24,00	100,00
24,10	100,00
24,20	100,00
24,30	100,00
24,40	100,00
24,50	100,00
25,00	100,00
25,10	100,00
25,20	100,00
25,30	100,00
25,40	100,00
25,50	100,00
26,00	100,00
26,10	100,00
26,20	100,00
26,30	100,00
26,40	100,00
26,50	100,00
27,00	100,00
27,10	100,00
27,20	100,00
27,30	100,00
27,40	100,00
27,50	100,00
28,00	100,00
28,10	100,00
28,20	100,00
28,30	100,00
28,40	100,00
28,50	100,00
29,00	100,00
29,10	100,00
29,20	100,00
29,30	100,00
29,40	100,00
29,50	100,00
30,00	100,00

Erhöhung der Unterstützungssätze

Das Kabinett plant Winterzuschlag

Berlin, 13. Oktober. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der beteiligten Organisations für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen über die Möglichkeiten der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erfolgten Rentenerhöhungen sowie über die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, wird die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 beschränkt bleibt und dessen Höhe nach dem Familienstand gestuft wird. Weiter soll eine Reihe von Härten ausgeglichen werden. Auch für die Krankenzurückzahlung denkt man an eine beschränkte Wiedererstattung der Mehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unterbunden wurden. In der Unfallversicherung erwartet man eine Beilegung der Streitigkeiten, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, nach denen alle Renten aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 Prozent der Renten für alle übrigen Unfälle um 7,5 Prozent vermindert wurden.

Auch bei der allgemeinen Rentenversicherung denkt man an eine Milderung der Bestimmungen

der Notverordnung vom 14. Juni insoweit, daß den einzelnen Versicherungen die Erhöhung der gesetzlichen oder Regelleistungen durch Mehrleistung auch weiterhin gestattet bleibt bzw. jetzt gestattet wird.

Das Ergebnis dieser Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften wird Mitte der kommenden Woche Gegenstand einer Kabinettdiskussion sein.

Die gekränkte SPD.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Okt. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Wels, erziehen gestern beim Staatssekretär des Reichspräsidenten, um gegen den Satz Papens in seiner Münchner Rede zu protestieren, daß als Feinde des Volkes betrachtet werden müsse, wer sich nicht hinter die Regierung stelle. Hierzu wird amtlicherseits mitgeteilt, daß dieser Satz vollständig aus dem Zusammenhang gerissen sei. Die Reichsregierung habe, wie der Reichskanzler erklärt habe, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wer sich im Kampfe um die Gleichberechtigung nicht hinter die Regierung stelle, damit praktisch Volkseindlichkeit dokumentiere. Der Satz des Reichskanzlers dürfe nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Die Regierung sei im Zusammenhange mit außenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands gefahren.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede vor den bayerischen Industriellen, die alle politischen und wirtschaftlichen Probleme berührte, die gegenwärtig im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen, in ausführlicher Weise auch die Handelspolitik der Reichsregierung dargelegt. Bekanntlich hat das Landwirtschaftsprogramm des Reichskabinetts, das für die Produkte der bäuerlichen Produktionswirtschaft einen besonderen Schutz durch Kontingentierung der ausländischen Einfuhrwaren vorsieht, heftigen Widerstand sowohl in der heimischen Industrie wie bei den mit und im Warenaustausch stehenden Nachbarstaaten gefunden. Auch in der Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden der bayerischen Industriellen, Pöschinger, kam die Sorge deutlich zum Ausdruck, durch die Kontingentierung werde das Ziel der Förderung der gesamten Wirtschaft aus dem Auge gelassen. Pöschinger spielte sogar auf die Gerüchte an, daß die Mitglieder des Kabinetts in der Frage der Kontingentierung selbst verlässlicher Meinung seien. Nicht Autarkie, sondern Erzielung zur nationalen Selbstzucht auf allen wirtschaftlichen Gebieten sei der richtige Weg zur Stärkung unserer heimischen Erzeugnisse. Der Deutsche habe allen Anlaß, den Warenaustausch mit dem Ausland möglichst zu behandeln. Diese Absichten sind zweifellos in ihrem Kern richtig. Aber sie übersehen, daß nicht Deutschland, sondern das Ausland den heimischen Wirtschaftskreisen mit Schutzsätzen und Kontingenten für deutsche industrielle Erzeugnisse eröffnet hat. Auch auf wirtschaftlichen Gebieten kann der Frieden nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Es hat unseren industriellen Kunden, namentlich Holland, Italien und den skandinavischen Staaten, missfallen, daß wir ihnen mehr verkaufen, als wir unterleis von ihnen landwirtschaftliche Produkte abnehmen. Sie haben dabei allerdings außer Betracht gelassen, daß die deutsche Handelsbilanz notgedrungen einen Uberschuß abwerfen muß, damit wir unseren Zins- und Rückzahlungspflichten aus den hohen Auslandschulden nachkommen können. Gerade ein Gläubigerstaat wie Holland muß sich daran gewöhnen, daß wir Rückzahlungen nur in dem Maße leisten können, wie man dort bereit ist, deutsche Waren über das Maß dessen, was wir selbst von dem betreffenden Lande beziehen, zu kaufen. Im Interesse auch unserer ausländischen Gläubiger sind wir darauf angewiesen, diejenigen landwirtschaftlichen Produkte, die wir im eigenen Lande erzeugen können, auch selbst herzustellen. Dazu tritt, daß es im gesamten nationalen Interesse liegt, die Grundlage unserer Ernährung und unserer gesamten Binnenwirtschaft, und das ist unbestritten die Landwirtschaft, vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Wir sind bereits wehrpolitisch machtlos, wir müssen uns also zum mindesten für den Fall neuer europäischer Konflikte unsere Ernährungsgrundlage erhalten. Das ist eines der wichtigsten Gebote nationaler Sicherheitspolitik.

Wie der Reichskanzler betont hat, gibt es ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich in größerem Ausmaß deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen. Dann wird einem Teil unserer Arbeitslosen wieder Arbeit gegeben und damit die Wirtschaft, mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse sowohl im In- wie im Ausland zu kaufen. Diejenigen Staaten, die sich gegen die deutsche Kontingentierungspolitik nicht auflehnen, sind aber selber gerade den umgekehrten Weg gegangen. So hat Holland die deutsche industrielle Ausfuhr kontingentiert, bevor wir daran dachten, landwirtschaftliche Kontingente einzuführen. Es besteht kein Zweifel, daß die Kontingente eine Notmaßnahme sind, auf die wir so rasch wie möglich wieder verzichten sollten. Aber das hängt nicht von Deutschland ab, sondern von der Handelspolitik, die das Ausland uns gegenüber einschlägt. Wann aber soll aus der Sachlage, in der die Handelspolitik aller Länder steht, ein Ausweg gefunden werden? Immer mehr setzt sich, daß mit der wachsenden wirtschaftlichen Not aller Staaten an Stelle der fast von Wirtschaftskonferenzen empfohlenen Senkung der Zollschranken die Forderung von der Weltwirtschaft nur immer weitere Fortschritte gemacht hat.

Deutschland wird davon in besonderem Maße getroffen. Denn es ist auf industrielle Ausfuhr angewiesen, um die Arbeitskräfte der Exportindustrie zu beschäftigen und um seine Schulden abzubauen. Es kann aber keinerlei nicht seine Grenzen dem Ausland öffnen, wenn keine Aussicht

Die Verteilung der öffentlichen Arbeiten

Wirtschaftsberatungen des Kabinetts

Berlin, 13. Oktober. Das Reichskabinett tritt am Freitag zu einer Sitzung zusammen, in der, wie es heißt, die Frage der Einlegung eines Reichskommissars für das Bankwesen, für die Inventur der Betriebe und für die Vorbereitung einer Neuordnung des Schuldenproblems abschließend beraten soll. Nach wie vor halten sich die Gerüchte, daß diese Aufgaben dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht übertragen werden sollen, falls die Verhandlungen mit ihm zu einem Ergebnis führen. Die Arbeitsbeschaffungspläne, die der Vizepräsident Dr. Grottel vorgelegt hat, sind noch immer Gegenstand der Besprechungen. Das Kabinett kann sich daher in seiner morgigen Sitzung mit diesen Dingen noch nicht befassen. Angeblich ist auch ein Entschluß über die Annahme des sogenannten Grottelplans noch in seiner Weise getroffen. Die Meldung, daß 200 Millionen Reichsmark kommunale Aufträge auf Grund des Grottelplans vergeben würden, entsprechen nicht den Tatsachen. Es handelt sich hier um eine Verwechslung mit der bekannten Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms vom Juni, das zunächst mit 135 Millionen Reichsmark in Aussicht genommen war und nun um mehr als 200 Millionen Reichsmark in der bekannten Weise vergrößert wird. Die Mittel werden für Straßenbauten, Meliorationen, Wohnungsbau, Abwasserarbeiten und sonstige Volkswirtschaften verwendet.

Die 200 Millionen verteilen sich im einzelnen wie folgt: für Straßenbauten 40 Millionen, für Meliorationen 20, für Sachkosten im freiwilligen Arbeitsdienst 20, für Wohn-

ungsbauten 30, davon 20 für Eigenheime und 10 für die vorläufige Kleinwohnung, für die Abwasseraktion 12, für den Bau von Öringlagern 4, für sonstige Volkswirtschaften, in erster Linie Verbesserungen der Wasser- und Abwasserarbeiten, von Staudämmen, Hafenbauten (davon für Hamburg und Bremen ungelähr je 3), insgesamt 41 Millionen. Die Finanzierung dieser Arbeiten erfolgt in der gleichen Weise wie bei der ersten Tranche von 135 Millionen durch Wechsel, die auf die Gewährleistung für öffentliche Arbeiten und die Bau- und Wohnbau gezogen werden können.

Reichsbeihilfungsordnung bleibt unangefastet

Berlin, 13. Okt. In Berlin wird jetzt das Gerücht verbreitet, im Zuge der Reichsregierung sei ein neuer Referentenentwurf über Änderung der bestehenden Beihilfungsordnung ausgearbeitet und vor einigen Tagen den Ländern zur Stellungnahme zugeleitet worden. Dieser Entwurf gehe von der Voraussetzung aus, daß durch die bestehenden Beihilfungsordnungen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung gefährdet werden könnte, und habe das Ziel, die Spannung zwischen den Gehältern der oberen und der unteren Beamten, wie sie vor dem Kriege bestanden habe, wiederherzustellen. Diese Gerüchte sind, wie von zuständigen Stellen verifiziert wird, völlig aus der Luft gegriffen. Vor Jahren ist zwar, als sich die Notwendigkeit von Beihilfungsleistungen ergab, auch erwogen worden, der Einkünfte halber das Vorkriegsschema der Beamtenbeihilfen wiederherzustellen. Dieser Anregung ist aber auch damals nicht Folge gegeben worden, und neuerdings ist ein Referentenentwurf zur Beamtenbeihilfe weder ausgearbeitet noch in Vorbereitung.

Englands Vorschläge zur Einigung

Genf als Konferenzort gewählt?

London, 13. Okt. Derriot verließ kurz nach 18,30 Uhr Downingstreet. Er antwortete auf eine Frage, welcher Fortschritt gemacht worden sei: „Nicht viel.“ Andererseits wurde von britischer Seite erklärt, die Besprechungen seien sehr freundschaftlich und befriedigend verlaufen. Sie werden morgen vormittag wieder aufgenommen werden. Derriot fährt morgen nachmittags nach Paris zurück. Der von der Agentur Havas nach London entsandte Sonderberichterstatter glaubt mitteilen zu können, daß Genf als Konferenzort gewählt sei.

Macdonald habe natürlich versucht, Derriot für London als Ort der Viermächtekonferenz zu gewinnen. Derriot habe das jedoch abgelehnt, um nicht der Abrüstungskonferenz und indirekt dem Völkerverbund dieses Problem zu entziehen. Der Havasberichtererstatter meldet weiter, die französische Regierung bleibe dabei, daß eine Abrüstungsabklärung von ausschlaggebender Wichtigkeit sei, die unabhängig gemacht werden müsse. Einmalig sei es man gegen jede neue internationale Verpflichtung und jede u. a. als Lösung an:

1. einen politischen Waffenstillstand für zehn Jahre, durch den Deutschland sich an den gegenwärtigen territorialen Status quo verpflichten solle;

2. Freiheit für Deutschland, alle Rüstungskategorien zu besitzen, wenn auch in beschränktem Umfang;

3. eine progressive Rüstungsüberlegenheit der übrigen Mächte.

In London liefen am Donnerstag Gerüchte um, daß Macdonald die Verbindung mit Berlin habe aufnehmen lassen, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung zu einer Reihe von noch zur Erörterung stehenden Fragen, dem Pläne der Konferenz usw. zu unterrichten. Eine Bestätigung oder ein Dementi dieser Gerüchte war nicht erhältlich.

Großfeuer in Elm

Elm, 13. Okt. Die Flugfabrik Gebr. Oberhardt steht in Flammen. Gegen 10 Uhr waren bereits vier große Hallen, in denen Fertigungsmaschinen und Rohmaterialien im Werte von mehreren hunderttausend Mark aufbewahrt waren, vom Feuer ergriffen. Die Hallen gelten als verlorene. Sämtliche Feuerwehren aus Elm und den Vororten arbeiten an der Bekämpfung des Feuers. Die Gefahr ist groß, da in der Nähe der Brandstätte Farne und Benzol liegen.

Heute: **Der D.N. - Kraftfahrer**
Seite 9 und 10